Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/4400

14. 07. 80

Unterrichtung

durch die Deutsche Delegation in der Nordatlantischen Versammlung

Bericht über die Sondersitzung der Nordatlantischen Versammlung am 7. Juni 1980 in Luxemburg

Die Nordatlantische Versammlung hielt ihre Frühjahrstagung vom 5. bis 8. Juni 1980 in Luxemburg ab und veranstaltete am 7. Juni 1980 eine Sondersitzung über das Afghanistanproblem. Sie verabschiedete die in der Anlage beigefügte Entschließung.

Bundestag und Bundesrat entsandten folgende Delegation:

Bundestag:

Mitglieder:

Abg. Blumenfeld (CDU/CSU)

Abg. Damm (CDU/CSU)

Abg. Dr. Hupka (CDU/CSU)

Abg. Dr. Jaeger (CDU/CSU), Leiter der Delegation

Abg. Buchstaller (SPD)

Abg. Dr. Corterier (SPD)

Abg. Lange (SPD)

Abg. Mattick (SPD)

Abg. Neumann (Stelle) (SPD)

Stellvertretende Mitglieder:

Abg. Biehle (CDU/CSU)

Abg. Dr. Kunz (Weiden) (CDU/CSU)

Abg. Sauer (Salzgitter) (CDU/CSU)

Abg. Flämig (SPD)

Abg. Dr. Geßner (SPD)

Abg. Horn (SPD)

Bundesrat:

Minister Dr. Dr. Barschel (CDU), Schleswig-Holstein

Frau Minister Griesinger (CDU), Baden-Württemberg

Staatsminister Schmidhuber (CSU), Bayern

Minister Titzck (CDU), Schleswig-Holstein

Die Plenarsitzung wurde im neuen Plenarsaal des Europazentrums mit einer Begrüßungsansprache des Ministers für Auswärtiges des Großherzogtums Luxemburg, *Gaston Thorn*, eröffnet. Er führte aus, die Tatsache, daß die Frühjahrskonferenz der Nordatlantischen Versammlung in Luxemburg stattfinde, zeige die Bedeutung, die die Regierung Luxemburgs dem Atlantischen Bündnis beimesse.

Es sei nicht immer leicht, sich in dieser Krisenzeit für Militärausgaben einzusetzen; Sicherheit sei teuer. Aber Frieden, unsere demokratischen Einrichtungen und die Wohlfahrt der Völker seien gar nicht in Preisen darzustellen. Die westlichen Demokratien handelten nach entsprechender Beratung im Einvernehmen mit ihren Völkern. Waffen und Rüstung seien ein Übel, das man nicht umgehen könne; sie seien notwendig für die Aufrechterhaltung von Freiheit, Demokratie und Wohlstand. Seit 35 Jahren habe kein Krieg mehr in Europa stattgefunden, und doch sei es die am besten bewaffnete Region der Welt. Gerade deshalb, weil wir gerüstet und wachsam seien, habe der Frieden aufrechterhalten werden können. Das Ausmaß der Rüstung des Warschauer Paktes überschreite die normalen Verteidigungsanforderungen. Die Aktionen der kommunisti-

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51

schen Länder ständen in flagrantem Gegensatz zu ihren offiziellen Ankündigungen.

Das Gleichgewicht bei den wichtigsten Waffen, einschließlich der Gefechtsfeldstreitkräfte, müsse wiederhergestellt werden. Der Minister erinnerte in diesem Zusammenhang an den Modernisierungsbeschluß der NATO vom Dezember 1979. Gleichzeitig sei die Sowjetunion aufgefordert worden, Verhandlungen einzuleiten. Die Mitglieder des Bündnisses sprächen sich nachdrücklich für kontrollierte und gleichgewichtige Waffenreduzierungen aus. Es liege nun bei Moskau, auf dieses Angebot einzugehen. Die Verbündeten weigerten sich, Verteidigung und Entspannung zu trennen; nur gut ausgewogene Konzessionen könnten zu Ergebnissen führen.

Die Madrider Überprüfungskonferenz müsse ein wirklichkeitsnahes Bild der Ergebnisse auf dem Gebiet der KSZE vermitteln. Die Entspannung sei ein sich immer fortsetzender Prozeß. Wie die Invasion von Afghanistan zeige, sei Entspannung für Moskau nur ein Weg, um seine imperialistischen und expansionistischen Ziele durchzusetzen.

Entspannung sei unteilbar und weltweit. Die sowjetische Herausforderung betreffe alle Verbündeten, die politischen, militärischen und wirtschaftlichen Bedrohungen ausgesetzt seien. Die gepanzerte Faust der Sowjets zeige nach der Golfregion und den Ländern, die dem Westen die Energie lieferten. So seien wir durch ein gemeinsames Schicksal aneinander gebunden. Der Zusammenhalt innerhalb des Bündnisses sei für die Aufrechterhaltung des Friedens, der Freiheit und der Sicherheit lebenswichtig. Die Regierungen der Verbündeten könnten auf die politischen Parteien und die überwältigende Mehrheit der Bürger Luxemburgs zählen.

Abg. **Dr. Corterier,** Generalberichterstatter, leitete die Aussprache ein und bezeichnete sowohl die sowjetische Invasion in Afghanistan als auch die westliche Reaktion als besorgniserregend. Die erste Invasion eines neutralen, islamischen und Dritten-Weltlandes durch die Sowjets habe eine tiefe Krise in den Ost-West-Beziehungen verursacht und Entspannung und Abrüstung in Frage gestellt. Rückwirkungen der Destabilisierung des Gebiets auf den Nahen Osten seien nicht auszuschließen. Die westlichen Länder hätten erst nach Monaten Übereinstimmung über die ernste Natur der Krise erzielt. Es habe sich gezeigt, daß die geostrategischen Vorteile, die die Sowjetunion durch die Invasion Afghanistans erlangt habe, ein westliches Eingreifen sehr schwierig gestalte. Immerhin sei der bestürzende Mangel an Zusammenhalt innerhalb des Westens unmittelbar nach der Invasion verbessert worden. Die Versammlung solle den Rückzug der sowjetischen Streitkräfte aus Afghanistan fordern; die Bemühungen um Frieden und Stabilität in Südwestasien und der Golfregion sollten intensiviert werden. Die Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem langfristigen Verteidigungsprogramm der NATO sollten erneuert werden; die möglichen Aufgaben der schnell dislozierbaren amerikanischen Streitkräfte sollten überprüft werden. Die Abrüstungsverhandlungen — einschließlich der Ratifizierung von SALT II — sollten fortgesetzt werden, und außerdem sollten enge Beratungen innerhalb des Bündnisses über die Entwicklung einer zusammenhängenden Strategie stattfinden.

Abg. **Brooks** (Vereinigte Staaten) begrüßte die von Abg. Dr. Corterier vorgelegte Entschließung. Wirtschaftsprobleme der Mitgliedsländer hätten in einer Zeit, in der die Welt durch die sowjetische Aggression in Afghanistan alarmiert worden sei, Schwierigkeiten verursacht. Die Schwierigkeiten im Nahen Osten bedrohten die Ölversorgung der Welt, und die Invasion in Afghanistan zeige den Willen, massive militärische Macht zu gebrauchen. Einige Beobachter nähmen an, daß die Sowjets Afghanistan als Übungsplatz für ihre bewaffnete Macht benutzten. Die Zukunft der NATO hänge von ihrer Fähigkeit, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, ab. Der Kongress überprüfe die langfristen NATO-Pläne. Die Zeit zwischen 1980 und 2000 werde für die freie Welt gefährlich sein. Die Risiken eines Angriffs müßten für die Sowjets unannehmbar gemacht werden.

Abg. **Dr. Jaeger,** Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland, bedankte sich einleitend für die Gastfreundschaft der luxemburgischen Behörden und des luxemburgischen Volkes. Er dankte Präsident Thyness, daß er die Plenarsitzung über die Afghanistanfrage einberufen habe. Der Iran, wo ein Völkerrechtsbruch von außerordentlichen Ausmaßen geschehen sei und wo sich menschliche Tragödien an 50 Mitbürgern der freien Welt abspielten, sei ein Nebenschauplatz. Der Hauptschauplatz sei Afghanistan. Die Sowjetunion habe die Ereignisse im Iran schamlos ausgenutzt. Sie sei in dem Augenblick, in dem die Aufmerksamkeit der Vereinigten Staaten verständlicherweise auf Teheran fixiert gewesen sei, in Afghanistan einmarschiert und habe ein freies Volk seines Selbstbestimmungsrechts beraubt. Mit Recht verurteile der vorliegende Entschließungsentwurf dieses Verhalten. Afghanistan sei ein entscheidendes Glied in jener Kette von Maßnahmen, mit denen die NATO von den Flanken her aufgerollt werden solle und mit denen der wirtschaftliche Nerv der freien Welt getroffen werden solle. Afghanistan gehöre nicht wie etwa die Tschechoslowakei zur Einflußzone der Sowjets, sondern sei ein freies Land der Dritten Welt gewesen. Es sei falsch gewesen, den friedlichen Absichten der Sowjetunion zu glauben. Die Entspannungspolitik als solche sei nicht falsch; wenn sie aber zu Vertrauensseligkeit und Entspannungseuphorie führe, werde die Verteidigungsvorsorge durch Nachrüstung vernachlässigt. Damit ergebe sich eine erhebliche Verschlechterung der Kräfteverhältnisse. Eine neue Entspannungspolitik müsse auf der Entschlossenheit aufgebaut werden, der sowjetischen Herausforderung zu begegnen. Allein das Prinzip des Do ut des könne die Grundlage für das Verhalten zwischen Westen und Osten sein. Im Militärausschuß habe ein amerikanischer Kollege die Befürchtung geäußert, daß gewisse Kreise in Europa zum Neutralismus neigten. Kein Mitglied der deutschen Delegation wünsche dies. Daß es in dieser Richtung wirkende Kräfte gebe, lasse sich nicht leugnen; aber

die deutsche Delegation strebe die größtmögliche Solidarität mit der Führungsmacht des westlichen Bündnisses, mit den Vereinigten Staaten, an.

Abg. Dr. Jaeger kam dann auf den Boykott der Olympischen Spiele zu sprechen und zitierte in diesem Zusammenhang das „Luxemburger Wort", eine der angesehensten Zeitungen des Landes, das davon gesprochen habe, daß sich einige europäische Staaten in dieser Angelegenheit eine außerordentliche Heuchelei hätten zuschulden kommen lassen. Abg. Dr. Jaeger forderte, daß „unsere Taten unseren Worten angepaßt werden müßten." Erste Priorität habe jetzt die beschleunigte Nachrüstung im Sinne der NATO-Beschlüsse vom Dezember unter Aufrechterhaltung des Verhandlungsangebots. Verzögerungen dürften hierin aber nicht eintreten. Es sei unsere Aufgabe, die Einheit und Geschlossenheit der westlichen Welt zu wahren. Den die Verantwortung für die NATO tragenden Staatsmännern könne er nur zurufen: Videant consules.

Abg. **Mosar** (Luxemburg) bezeichnete die Afghanistan-Frage als das Zentralproblem der Frühjahrskonferenz. Die durch die sowjetische Invasion verursachte ernste Krise innerhalb des Bündnisses müsse beseitigt werden. Leider seien im Politischen Ausschuß Mißverständnisse hinsichtlich der Position der Vereinigten Staaten aufgetreten. Die Solidarität des Bündnisses müsse wiederhergestellt werden. Die Entschließung fordere dies im Zusammenhang mit der Herstellung einer gemeinsamen Position gegenüber der Sowjetunion und der Reform der Ost-West-Beziehungen. Seine Delegation stimme der Entschließung uneingeschränkt zu.

Abg. **Venizelos** (Griechenland) erklärte, die Invasion in Afghanistan habe der ganzen freien Welt einen Schock versetzt. Die Sowjetunion sei zu einem neokolonialistischen Aggressor geworden. Das Ereignis bezeichne eine neue Ära in der sowjetischen Außenpolitik, die nicht mehr durch Subversion und Propaganda gekennzeichnet werde, sondern durch die Anwendung bewaffneter Gewalt. Der Westen müsse klar machen, daß er sich jedem weiteren Expansionismus entgegenstellen werde. Jedoch parallel dazu müsse er Entspannung und Abrüstung weiter verfolgen, auch auf die Gefahr hin, in gefährlicher Weise mißverstanden zu werden. In diesem Zusammenhang bedauere er, daß die Bezugnahme auf die Ratifizierung von SALT II aus dem Text der Entschließung gestrichen worden sei. Der Boykott der Olympischen Spiele richte sich gegen den Geist dieser Veranstaltung; sicher würden die Ostblockländer einen Anlaß für den Boykott der Spiele in Los Angeles im Jahre 1984 finden. Eine andere Lösung, etwa die ständige Veranstaltung der Spiele in Griechenland, müsse gefunden werden.

Abg. **Marcus** (Frankreich) kündigte an, daß die französische Delegation der Entschließung zustimmen werde; bei Ziffer 3 werde sich die französische Delegation enthalten, da Frankreich nicht dem integrierten militärischen System der NATO angehöre und auch nicht zu ihm zurückkehren werde. Frankreich unternehme große Anstrengungen, seine strategische Nuklearmacht zu entwickeln, und zwar die konventionellen Streitkräfte und die externen Angriffsverbände. Dies geschehe in Übereinstimmung mit den Wünschen des Bündnisses.

Im Vergleich zu Ottawa habe sich das Klima innerhalb der Versammlung spürbar geändert. Er selbst sei damals als Falke bezeichnet worden, weil er den unangebrachten Druck verurteilt habe, der auf die Vereinigten Staaten ausgeübt worden sei, damit sie SALT II ratifizierten. Dies habe den Interessen der Sowjets gedient. In gleicher Weise sei er wegen eines Textes über Entspannung angegriffen worden, der nach seiner Meinung zu sehr dem sowjetischen Konzept entsprochen habe. Er selbst habe sich für Druck in Form von Begrenzung der Nahrungsmittelausfuhren, Kredite und technologischen Ausfuhren eingesetzt. Da dies nicht geschehen sei, sei der Sowjetunion auf diese Weise geholfen worden, ihren Militärhaushalt zu vergrößern. Er freue sich, daß die Stimmung in der Versammlung nun umgeschlagen sei. Entspannung könne nur auf der Grundlage des Gleichgewichts verwirklicht werden. Die westlichen Länder sollten nicht auf die Sirenen der sowjetischen Propaganda hören, sondern sollten Vertrauen in ihr Schicksal haben.

Abg. **Budtz** (Dänemark) erklärte, die dänische Delegation unterstütze die Entschließung. Die Abstimmung hänge allerdings von den Abstimmungen über die Änderungsanträge ab. Dänemark könne wegen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise seine Verteidigungsausgaben nicht erhöhen. Wenn der wirtschaftliche Druck zu stark würde, entstehe das Risiko des Verlusts der Unterstützung der Öffentlichkeit für das Bündnis. Die Versammlung solle auf die Ratifizierung von SALT II drängen, die nicht mit der Afghanistan-Frage verbunden werden sollte.

Abg. **Hopkins** (Kanada) erklärte, die kanadische Delegation betrachte die Verurteilung der sowjetischen Invasion als ausschlaggebend. Die Hinzufügung von anderen Fragen schwäche diese Verurteilung. Er verstehe die Gründe, warum die Europäer auf die Hinzufügung anderer Probleme drängten; aber die Afghanistan-Frage sei im Grunde das einzige Problem dieser Sondersitzung. Kanada habe seinen Verteidigungshaushalt für 1980/81 um 13,8 % erhöht; dies stelle eine tatsächliche Vermehrung um mehr als 3 % dar.

Abg. **Ballarin** (Spanien), Beobachter, wies darauf hin, daß seine Ausführungen die erste Äußerung eines spanischen Abgeordneten in einer Plenarsitzung der Nordatlantischen Versammlung darstellten. Die spanische Demokratische Zentrumsunion sei für den Beitritt Spaniens zur NATO; die spanischen Sozialisten und Kommunisten lehnten ihn ab. Der Beitritt könne aber nicht ohne Zustimmung oder wenigstens Enthaltung der Sozialistischen Partei erfolgen. Im Grunde verfolgten die Spanier eine Politik der Neutralität. Infolge der ernsten Bedrohung der Verteidigungslinien zwischen den Balearen, Gibraltar und den Kanarischen Inseln und der politischen und mi-

litärischen Unsicherheit in Nordafrika hätten sie ihre Haltung geändert. Die geschilderten Bedrohungen beträfen nicht nur Spanien, sondern den Westen im ganzen. Notwendigerweise wäre eine Voraussetzung für den Beitritt Spaniens zur NATO der Eintritt in den Gemeinsamen Markt. Diejenigen, die den Eintritt in die EG zu verhindern versuchten, leisteten der westlichen Sicherheit keinen Dienst.

Abg. **Wall** (Großbritannien) betonte, daß der Westen in Europa auf der Hut sein müsse; die unmittelbare Bedrohung liege aber außerhalb Europas. Der Nahe Osten — wegen des Öls — und Südafrika — wegen seiner Mineralien — seien die einschneidendsten Probleme für den Westen. Man müsse tatsächlich fragen, was nach Afghanistan und Iran noch komme. Tatsächlich hätten NATO-Mitglieder militärische Aktionen außerhalb des eigentlichen NATO-Gebiets unternommen: das französische Eingreifen in Kolwezi, das Auftreten der amerikanischen Kräfte im Indischen Ozean und die friedliche britische Präsenz in Zimbabwe. Er schlug vor, daß sich Länder mit Lebensinteressen in Teilen der Welt, die außerhalb des NATO-Gebiets liegen, zusammenschließen sollten.

Abg. **Huyghues des Etages** (Frankreich) stellte die Haltung der französischen Sozialisten zu der sowjetischen Invasion in Afghanistan dar. Frankreich sei ein Mitglied des Bündnisses und müsse es bleiben. Die Tatsache, daß die französischen Streitkräfte nicht integriert seien, mache Frankreich nicht zu einem bündnisfreien Land. Frankreich wolle nicht die Vorteile des Bündnisses ohne Verantwortlichkeiten. Die französischen Sozialisten seien jedoch keine Falken; sie bemühten sich um Friedensverhandlungen. Deshalb müßten die Möglichkeiten der Diskussion genützt werden. Das Blocksystem sei nicht unvermeidlich. Ein starkes und unabhängiges Europa müsse aufgebaut werden; aber wie könne man von einer europäischen Verteidigung sprechen, wenn Europa nicht einmal seine eigene Energiepolitik — einschließlich des Nordseeöls — harmonisieren könne? Der Wirtschaftskrieg zwischen den Mitgliedern des Bündnisses unterminiere die Einheit und Festigkeit des Bündnisses. Die sowjetische Invasion Afghanistans dürfe nicht vergessen werden, da dort Ehre und Freiheit für immer verschwunden seien. Die französischen Sozialisten anerkennten die Notwendigkeit einer mächtigen militärischen Kapazität. Frankreich sei nicht ein Mitglied der militärischen Integration der NATO, aber es unternehme große nukleare und konventionelle Verteidigungsanstrengungen. Hierüber bestehe überwiegende Übereinstimmung in Frankreich. Die französischen Sozialisten würden sich deshalb bei der von Abg. Marcus genannten Ziffer 3 nicht enthalten, sondern die Entschließung vollinhaltlich unterstützen.

Abg. **Cartwright** (Großbritannien) machte darauf aufmerksam, daß der Leiter der britischen Delegation, Abg. Wall, nicht die Unterstützung aller seiner Kollegen in der Frage der Ausdehnung von NATO-Aktivitäten in Gebieten außerhalb des Vertragsgebietes habe. Er lehnte deshalb die Änderungsanträge 1 und 3 ab. Dagegen unterstütze er den Änderungsantrag 4, der die Vereinigten Staaten zu einer Ratifizierung von SALT II so bald wie möglich auffordere. Trotz der sowjetischen Invasion in Afghanistan müsse unter allen Umständen der Dialog fortgesetzt werden, und die Ratifizierung von SALT II sei der erste Schritt bei den Vereinbarungen über die Kontrolle von Gefechtsfeldwaffen. SALT II nütze nicht nur der UdSSR, so daß es verfehlt sei, die Ratifizierung von dem sowjetischen Rückzug aus Afghanistan abhängig zu machen.

Abg. **Uijen** (Niederlande) begründete im einzelnen seine Änderungsanträge. Er wandte sich gegen die Ausdehnung der NATO-Aktivitäten außerhalb des Vertragsgebiets.

Abg. **Forrestall** (Kanada) empfahl, die Entschließung auf die Afghanistan-Frage zu begrenzen und nicht in schwierige Beratungen über die im Zusammenhang damit stehenden Probleme einzutreten. Die Versammlung solle die sowjetische Aggression schärfstens verurteilen und den völligen Abzug der sowjetischen Streitkräfte fordern.

Abg. **Adali** (Türkei) wies darauf hin, daß die Türkei von großer strategischer und geopolitischer Bedeutung für die NATO sei. Im Politischen Ausschuß sei erwähnt worden, daß die Türkei durch die Ereignisse im Iran betroffen werden könne; dies könne aber nicht eintreten, da die Türkei seit 60 Jahren eine starke Demokratie sei.

Senator **Percy** (Vereinigte Staaten) erklärte im Namen der Delegation der Vereinigten Staaten, daß die Versammlung wegen der Ereignisse in Afghanistan und dem anhaltenden Aufbau der sowjetischen Militärmacht einberufen worden sei. Dieser Herausforderung müsse begegnet werden, und die vorliegende Entschließung sei dazu ein kleiner, aber wichtiger Schritt. In der Behauptung, daß die NATO sich in einer Krise befinde, stecke wenig Wahrheit. Es habe einige Unstimmigkeiten wegen Iran und Afghanistan gegeben, und einige Europäer hätten die Wirksamkeit der Politik der Vereinigten Staaten hinsichtlich der Olympischen Spiele und der Handelsbeschränkungen bezweifelt. Es sei jedoch wichtig, daß die Verbündeten in bezug auf gewisse Probleme übereinstimmten, die die sowjetische Herausforderung beträfen. Dies betreffe zunächst die Arbeitsteilung innerhalb des Bündnisses. Die Frage, ob die Verbündeten außerhalb des NATO-Vertragsgebiets tätig sein sollten, sei falsch gestellt. Die militärische Funktion der NATO bestehe in der Verteidigung Europas. Ihre politische Funktion könnte ihre weitreichenden Interessen außerhalb Europas einbegreifen, insbesondere den Persischen Golf mit seinen Ölquellen. Es sei erforderlich, verstärkte Streitkräfte der Vereinigten Staaten zur Verteidigung der westlichen Interessen dort einzusetzen, was größere Anstrengungen der europäischen Verbündeten und Japans in anderen Gebieten bedinge.

Er setzte sich mit Nachdruck für Rüstungskontrolle ein; aber in der nächsten Zukunft sei es für die Ver-

einigten Staaten unmöglich, SALT II zu ratifizieren. Europa würde keinesfalls im Hintergrund gehalten, wenn Diskussionen über SALT II begännen. Besonders wichtig sei das gegenseitige Verständnis zwischen den Vereinigten Staaten und Europa. Manche Politiker fänden es gut, Verbündete zu verdammen, wenn sie sich um dieses Verständnis bemühten, das für den Zusammenhalt des Bündnisses notwendig sei.

Er sprach sich im Namen der ganzen Delegation der Vereinigten Staaten für die Annahme der Entschließung ohne Änderungen aus. Die NATO sei der Prüfstein der auswärtigen Politik der Vereinigten Staaten, und SALT II wäre ratifiziert worden, wenn die Sowjets nicht in Afghanistan einmarschiert wären. Der Teil der Entschließung, der SALT II betreffe, solle nicht geändert werden.

Daraufhin zog Abg. **Wall** seine Änderungsanträge zurück.

Abg. **van der Stoel** (Niederlande) sprach sich für eine friedliche Lösung der Nah-Ost-Krise aus. Die holländische Delegation halte es für unabdingbar, innerhalb einer solchen Vereinbarung den rechtmäßigen Forderungen der Palästinenser zu entsprechen. Die Niederlande hätten die Invasion Afghanistans verurteilt; sie könnten aber nicht die Vorschläge einer Ausdehnung des NATO-Vertragsgebietes akzeptieren. Der Dialog zwischen Ost und West solle nicht unterbrochen werden, sondern seine Rolle bei der Bewältigung der Krise spielen. Er bedauere, daß die Bezugnahme auf die Ratifizierung von SALT II vom Politischen Ausschuß gestrichen worden sei, und schloß, indem er der Hoffnung Ausdruck gab, daß der Besuch von Bundeskanzler Schmidt in Moskau dazu beitragen werde, den Dialog wieder zu eröffnen.

Abg. **Gontikas** (Griechenland) begrüßte besonders die spanischen Besucher. Die ganze griechische Delegation erhoffe die bestmöglichen Ergebnisse von der im Herbst stattfindenden KSZE-Konferenz in Madrid.

Abg. **Mattick** (Bundesrepublik Deutschland) bezog sich auf die Äußerung eines Diskussionsredners im Politischen Ausschuß, daß die Entspannung gescheitert sei, und wenn jemand davon einen Erfolg gehabt hätte, dann die Sowjetunion. Demgegenüber sei festzustellen, daß die Entspannung die Voraussetzung unseres Lebens sei, und die Rüstung sei die Voraussetzung für unsere Sicherheit. Es gebe hier keine Alternative. Wenn man das eine *oder* das andere auf den Tisch legen wolle, lasse man die Menschen im Stich. Wenn behauptet werde, die Entspannung habe nichts gebracht, stelle man nicht in Rechnung, was sich insbesondere im europäischen Raum seit Einführung der Entspannungspolitik abgespielt habe. Es könne der Sowjetunion gar nicht leichter gemacht werden, als wenn jetzt die KSZE und die Entspannungspolitik einfach beiseite geschoben würden. Tatsächlich hätten die KSZE und die Entspannungspolitik in den Ostblockländern bewirkt, daß sich die Menschen in diesen Ländern mehr bewegen könnten, daß ihre Gedanken in Richtung auf den Frieden ausgerichtet seien, und angesichts einer solchen Entwicklung könne die Sowjetunion keinen Krieg führen.

Die Bundesrepublik Deutschland habe ihre Aufgaben auf dem Gebiet der Verteidigung und Sicherheit immer erfüllt. Daneben habe sie sich aber bemüht, das zu verwirklichen, was mit der KSZE geschaffen worden sei. Diese Aufgabe sei unserer Generation gestellt. Die Alternative sei nicht Rüstung *oder* KSZE, sondern KSZE *und* Sicherheit durch die Rüstung. Sicher gebe es viele Entwicklungen, die Sorge bereiteten; aber im europäischen Raum hätten sich in den letzten Jahren Entwicklungen vollzogen, die vor zehn Jahren niemand für möglich gehalten hätte. Der Weg des Friedens sei beschritten worden, auch wenn die Sowjetunion nicht wisse, wie sie aus der Klemme, in die sie der Fall Afghanistan gebracht habe, herauskommen solle. Er habe öfters schon betont, daß in der Politik die Zeit Wunden nicht heile, man müsse etwas dazu tun. Abg. Mattick sprach sich dafür aus, die Entschließung in der vorgelegten Form zu verabschieden.

Auch Abg. **Peyser** (Vereinigte Staaten) stimmte wie die ganze Delegation der Vereinigten Staaten der Entschließung zu, die möglichst ohne Änderungen verabschiedet werden sollte. Die Streitkräfte der Vereinigten Staaten seien stärker als je zuvor. Sicherlich realisiere die Sowjetunion die amerikanische Stärke. Die Vereinigten Staaten wollten Bündnispartner nicht von konstruktiven Beiträgen zur Lösung des Nah-Ost-Problems ausschließen. — Die aktive Rolle der Delegation der Vereinigten Staaten bei den Arbeiten der Nordatlantischen Versammlung sei ein Symbol der unbeirrten Zusammenarbeit der Vereinigten Staaten mit den Bündnispartnern.

Abg. **Blumenfeld** (Bundesrepublik Deutschland) bedauerte, daß es im Politischen Ausschuß nicht möglich gewesen sei, mit größerer Klarheit darzulegen, um was es gehe. In den Reden der amerikanischen Kollegen und einiger anderer sei dies deutlich geworden. Man müsse jetzt zu einer gemeinsamen Aktion kommen. Auch die Politiker des Nordatlantischen Bündnisses könnten nicht daran vorbeigehen, daß in der nächsten Zeit die Golfregion und der Nahe Osten Schwerpunkte der Auseinandersetzungen seien. Daß hierüber kein Text zustande gekommen sei, zeige die unterschiedlichen Auffassungen in dieser Frage. Den europäischen Regierungen könne nur dringendst empfohlen werden, Initiativen zu unterlassen, die nur neue Schäden hervorriefen und unter Umständen dazu führen könnten, daß es auch noch zu einer Konfrontation mit den Vereinigten Staaten komme. Die intransigente PLO dürfe nicht ermutigt werden, das Wagnis eines fünften Nahostkrieges zu beginnen. Abg. Blumenfeld warnte vor einer uneinigen Politik der Verbündeten in bezug auf den Nahen Osten. Er hoffe, daß die Beratungen der Versammlung in Luxemburg dazu beigetragen hätten, eine gemeinsame Politik auch in dieser Frage einzuleiten.

Die **Versammlung** nahm die in der Anlage beigefügte Entschließung bei einer Gegenstimme und zehn Enthaltungen unverändert an.

Der Generalsekretär der NATO, J. M. A. H. **Luns,** hob hervor, daß er zum erstenmal zu einer Meinungsäußerung am Schluß einer Tagung der Nordatlantischen Versammlung eingeladen worden sei. Er bezeichnete die sowjetische Invasion Afghanistans als ein Sprungbrett, von dem aus die Sowjetunion noch gefährlichere Abenteuer wagen könne. Wie das Münchener Abkommen vor dem 2. Weltkrieg zeige, sei die Politik des Appeasement nicht der beste Weg, solchen Abenteuern vorzubeugen. Die Vereinigten Staaten hätten erklärt, daß einer Intervention der Sowjetunion im Iran mit Gewalt begegnet werde. Die Sowjetunion wolle keinen Atomkrieg riskieren. Bei den Diskussionen des nuklearen Planungsausschusses der NATO in Bödö hätten alle NATO-Mitglieder mit Ausnahme von Belgien und Luxemburg an die Sowjetunion appelliert, die nukleare Abrüstung in Europa zu diskutieren. Die Sowjetunion habe nicht geantwortet, so daß die Verbündeten in die Modernisierung hineingezwungen würden.

Eine Ausdehnung der NATO-Grenzen komme — mit der Ausnahme Spaniens — nicht in Betracht. Eine Ausdehnung in Richtung auf den Persischen Golf würde die militärische Kraft der NATO aufsplittern. Er stimme Senator Percy zu, die Verteidigung der westlichen Interessen im Golfgebiet durch die Vereinigten Staaten bedinge vermehrte Anstrengungen der Verbündeten in Europa. Die Aktionen von Kriegsschiffen der USA im Golfgebiet brächten Rückwirkungen auf die Rolle, die die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und die Vereinigten Staaten im Vertragsgebiet spielten, mit sich.

Man könne nicht von einer Krise innerhalb des Bündnisses sprechen, nur von begrenzten Mißverständnissen. Es bestehe völlige Übereinstimmung in bezug auf Afghanistan und die Maßnahmen der Vereinigten Staaten gegen die Sowjetunion. Es sei bedauerlich, daß einige Olympische Komitees Teilnehmer nach Moskau entsenden würden. Er stimme der Meinung des griechischen Delegierten zu; die ständige Veranstaltung der Olympischen Spiele in Griechenland wäre ideal. Nach der olympischen Charta sollten die Spiele nicht in einem Land stattfinden, das im Krieg stehe.

Jedermann — einschließlich der Vereinigten Staaten — wünsche die Ratifizierung von SALT II; aber es gehe nicht um eine unmittelbare Ratifizierung. Er hoffe, daß der Ablauf der Ereignisse die Ratifizierung in naher Zukunft ermögliche. Die Entspannung sei nicht durch die Verzögerung der Ratifizierung von SALT II bedroht worden, sondern durch die sowjetische Aggression. Befürchtungen, daß die Hilfe des Bündnisses für die Türkei gegen andere Bündnispartner verwendet werden könne, seien unbegründet. Zum Teil sei die Hilfe wirtschaftlicher Art, und die militärische Hilfe könnte die Türkei befähigen, ihre Rolle innerhalb des Bündnisses zu spielen. Die NATO würde die Re-integration Griechenlands in das militärische Bündnis begrüßen; die Gespräche hierüber würden fortgesetzt.

Der Nahe Osten sei ganz offensichtlich ein Gebiet von großer Bedeutung für das Bündnis: das beständige Ausbleiben des Friedens in dieser Region gestalte sie zu einem Pulverfaß, das den ganzen europäischen Bereich gefährden könne. Die Einschaltung europäischer Mächte in den Friedensprozeß sei zu begrüßen; aber es dürfe keine von dem Camp-David-Abkommen unabhängige europäische Aktion geben. Die anhaltende Verweigerung des Existenzrechts Israels durch die PLO sei nicht hilfreich.

Dr. Jaeger

Leiter der Delegation

Entschließung 96 der Nordatlantischen Versammlung über Afghanistan und damit zusammenhängende Probleme vom 7. Juni 1980

Die Versammlung

verurteilt die sowjetische Invasion in Afghanistan als eine Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität Afghanistans sowie des Rechts des afghanischen Volkes auf Selbstbestimmung;

anerkennt, daß die Ereignisse außerhalb des geographischen Bereichs der Allianz, welche die individuellen und kollektiven Interessen der Mitgliedstaaten ernsthaft untergraben, Gegenstand intensiver Konsultation sein sollten, um zu gemeinsamen Positionen zu finden;

vertritt die Ansicht, daß die sowjetische Invasion einen neuen qualitativen Schritt sowjetischen Expansionismus' darstellt, der die Staaten außerhalb des von der Sowjetunion beherrschten Bündnissystems, insbesondere die blockfreien Staaten in Europa und in der Dritten Welt, bedroht;

ist darüber besorgt, daß sich infolge der Invasion die Ost-West-Beziehungen verschlechtert haben und daß der Ost-West-Dialog im allgemeinen und die Verhandlungen über Rüstungskontrolle im besonderen schwere Rückschläge erlitten haben;

anerkennt, daß die massive und anhaltende Dislozierung von SS-20-Raketen eine Situation extremen Ungleichgewichts in Europa selbst schafft;

unterstreicht die Entschlossenheit der Bündnispartner, der sowjetischen Herausforderung entgegenzutreten;

ist der Überzeugung, daß der westliche Zusammenhalt eine unabdingbare Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Sicherheit des Westens sowie für einen erfolgreichen Verlauf der Ost-West-Verhandlungen ist und der Sowjetunion als Anreiz dient, eine kooperativere Politik zu verfolgen;

ist besorgt über die Situation im Mittleren Osten, dessen Stabilität wesentlich ist;

unterstreicht die Notwendigkeit enger Beratungen im Hinblick auf die Ausarbeitung einer umfassenden

Strategie, die es den Mitgliedstaaten ermöglicht, den Krisen zu begegnen, mit denen sie in Afghanistan, wo massive sowjetische Streitkräfte weiterhin ein früher unabhängiges Land besetzen, konfrontiert sind;

fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses *dringend auf:*

1. weiterhin auf den vollständigen und unverzüglichen Rückzug der sowjetischen Streitkräfte aus Afghanistan zu drängen und Bemühungen um eine politische Lösung zu unterstützen, die den Rückzug dieser Streitkräfte und eine Garantie der territorialen Integrität und Selbstbestimmung Afghanistans vorsieht;

2. ihre Bemühungen zu intensivieren, um den Frieden und die Stabilität in Süd-West-Asien und in der Golfregion zu fördern;

3. den Erfordernissen des langfristigen Verteidigungsprogramms der NATO und der erneuten Verpflichtung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben und zu unmittelbaren Maßnahmen zur Stärkung der europäischen Sicherheit und Verteidigung noch wirkungsvoller nachzukommen, wie dies auf der Konferenz der Verteidigungs- und Außenminister der NATO-Länder am 14. Mai 1980 vereinbart wurde;

4. die konventionellen militärischen Optionen und die möglichen Aufgaben von rasch einsetzbaren Streitkräften (RDF) bestimmter Mitgliedsländer und, unter diesem Aspekt, die Notwendigkeit neu zu überdenken, sofort eine eingehende Studie über die Mittel und Wege zu erstellen, mit denen die Regierungen der Mitgliedsländer — je nach ihren Möglichkeiten — den Anforderungen an die militärischen Truppenstärken entsprechen können, die zur Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen NATO und Warschauer Pakt erforderlich sind;

5. Rüstungskontrollverhandlungen fortzusetzen und die Einleitung von Verhandlungen über nukleare Lang- und Mittelstreckenwaffen in Europa zu fördern, sobald es die Umstände erlauben;

6. auf der Grundlage der Erklärung von Ottawa aus dem Jahre 1974 enge und wirksame Beratungen innerhalb des Bündnisses mit dem Ziel sicherzustellen, eine gemeinsame umfassende Strategie zu entwickeln, um den gegenwärtigen Herausforderungen entgegenzutreten und ein wirksameres und stabileres System des Krisenmanagements innerhalb des Bündnisses zu finden.